

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/189 —

Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung ersucht werden, umgehend ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots für insgesamt rd. 150 000 Jugendliche mit einem Umfang von insgesamt 1,6 Mrd. DM im Haushaltsjahr 1984 umzusetzen. Hierfür wird ein umfangreicher Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, insbesondere:

1. Schaffung von rd. 35 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bei der öffentlichen Hand und außer- und überbetrieblichen Trägern; Sonderprogramm zur Förderung von Unternehmen, die zusätzliche Kapazitäten für die qualifizierende Ausbildung, Umschulung und Fortbildung von rd. 20 000 Jugendlichen bereitstellen; Bildungshilfen zum Abbau von Ausbildungsdefiziten für rd. 20 000 Jugendliche.
2. Förderung von Orientierungshilfen und Beschäftigungsmöglichkeiten für rd. 45 000 arbeitslose Jugendliche in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und anderer gemeinnütziger Träger; Ausbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für rd. 20 000 arbeitslose Jugendliche insbesondere in den Bereichen sozialer Dienst und bei anderen gemeinnützigen Trägern; zusätzliche Eingliederungshilfen und Einarbeitungszuschüsse für rd. 10 000 arbeitslose Jugendliche.
3. Erhöhung der Mittel für sozialpädagogische und betreuende Maßnahmen im Bereich der Jugendhilfe.

B. Lösung

Der Ausschuß hat den Antrag mit der Mehrheit der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD und eine Stimme eines Mitglieds der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt; ein Mitglied der Fraktion DIE GRÜNEN hat sich der Stimme enthalten.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den von der Fraktion der SPD eingebrachten Antrag betr. Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit — Drucksache 10/189 — abzulehnen.

Bonn, den 9. November 1983

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Glombig

Stutzer

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Stutzer

I.

Der von der Fraktion der SPD eingebrachte Antrag betr. Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit — Drucksache 10/189 — ist in der 22. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. September 1983 in erster Lesung beraten und dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung federführend sowie dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Ausschuß für Wirtschaft, der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit haben den Antrag am 26. Oktober 1983 und der Haushaltsausschuß am 27. Oktober 1983 beraten; von allen diesen Ausschüssen ist der Antrag jeweils mit Mehrheit abgelehnt worden.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner Sitzung am 26. Oktober 1983 sowie im Rahmen einer nichtöffentlichen Informationssitzung bei der Bundesanstalt in Nürnberg am 7. November 1983 behandelt und am 9. November 1983 abschließend beraten. Der Ausschuß hat mit der Mehrheit der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und eine Stimme eines Mitglieds der Fraktion DIE GRÜNEN beschlossen, den Antrag abzulehnen; ein Mitglied der Fraktion DIE GRÜNEN hat sich der Stimme enthalten.

II.

Der Antrag der SPD-Fraktion strebt an, für ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für insgesamt rd. 150 000 Jugendliche im Bundeshaushalt 1984 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 1,6 Mrd. DM bereitzustellen.

Der Antrag wird damit begründet, daß die Zahl junger Arbeitsloser in der Bundesrepublik Deutschland dramatisch gestiegen sei, wobei zur registrierten Jugendarbeitslosigkeit nach sorgfältigen Schätzungen eine hohe Dunkelziffer hinzugerechnet werden müsse. Ferner stiegen die Dauer der Arbeitslosigkeit sowie innerhalb der Jugendarbeitslosigkeit der Anteil Jugendlicher ohne berufliche und schulische Qualifikation laufend an; zur Zeit habe mehr als die Hälfte aller arbeitslosen Jugendlichen keine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Es sei zu befürchten, daß sich die Arbeitsmarkt- und die Ausbildungsstellensituation durch die Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftliche Stagnation in den nächsten Jahren noch verschärfen werde. Diese Entwicklung mache daher sofortige öffentlich geförderte Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Erhöhung des Ausbildungs-

platzangebots für das Jahr 1984 dringend erforderlich.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion wiesen darauf hin, daß trotz der vom Bundeskanzler abgegebenen Lehrstellengarantie und gestiegenen Anstrengungen der Wirtschaft die Tatsache bleibe, daß über 50 000 Jugendliche im Jahr 1983 nicht in Ausbildungsplätze vermittelt werden könnten. Tatsächlich würden Ende 1983 20 000 oder mehr Jugendliche noch hinzukommen, die zur Zeit in schulischen Parkbahnen seien, weil sie keinen Ausbildungsplatz hätten. Von der Wirtschaft sei hier keine weitere Abhilfe zu erwarten, weil der bloße Appell, auf freiwilliger Basis über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden, an enge Grenzen stoße. Daher sei es unverzichtbar, zusätzliche öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um Ausbildungsplätze zu schaffen, die über den betrieblichen und industriellen Bedarf hinausgingen. Das einmalige Sonderprogramm der Bundesregierung vom 4. Oktober 1983 zur Schaffung von 7 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen sei ein Minimalprogramm, das der tatsächlichen Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht gerecht werde. Zur Finanzierung dieses Sonderprogramms sei darauf hinzuweisen, daß die hierfür im Haushaltsjahr 1984 von den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP bereitgestellten 85 Mio. DM dadurch gedeckt würden, daß die im Regierungsentwurf des Einzelplans 11 vorgesehenen 205 Mio. DM für Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche um einen entsprechenden Betrag gekürzt werden. Im Ergebnis finde also durch dieses Sonderprogramm der Bundesregierung keinerlei Mittelerhöhung, sondern lediglich eine Mittelumschichtung innerhalb der Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit statt.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion haben vorgeschlagen, die in dem Sofortprogramm vorgesehene Ausgabenerhöhung in Höhe von 1,6 Mrd. DM durch einen Verzicht auf die im Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes — Drucksachen 10/336, 10/348 — vorgesehene Senkung der Vermögensteuer zu finanzieren. Die beabsichtigte Vermögensteuersenkung sei eine unsoziale Maßnahme, deren Vorteile hauptsächlich als Mitnahmeeffekt den gutgehenden Großunternehmen zuflössen, während die Krisenbranchen davon nichts hätten, weil deren Unternehmen tatsächlich keine Vermögensteuer zahlten.

Ungeachtet dieser Deckungsvorschläge für das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 1984 haben die Mitglieder der SPD-Fraktion darauf verwiesen, daß ihre Fraktion die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe weiterhin für den besten Weg halte, um künftig ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu sichern (Abschnitt VI Nr. 6 des Antrags).

III.

Die Mehrheit im Ausschuß hat den Antrag betr. Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit abgelehnt und diese Ablehnung im wesentlichen wie folgt begründet:

Zwar seien die Motivation und die Zielsetzung des Antrages der SPD-Fraktion aner kennenswert. Auch die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP erfülle die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Erwartung, daß in diesem Jahr nicht alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchten, diesen auch bekommen würden, mit großer Besorgnis. Sie verwiesen jedoch darauf, daß zwischen den Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über die richtigen Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einschließlich der Jugendarbeitslosigkeit sowie zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots bestünden und eine Mehrbelastung des Bundeshaushalts 1984 durch ein solches Programm in der Größenordnung von 1,6 Mrd. DM angesichts der finanziellen Probleme der öffentlichen Haushalte nicht zu vertreten sei.

Sie wiesen ferner darauf hin, daß aufgrund der obersten Priorität, die der Bundeskanzler der Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen durch seinen Appell an die Wirtschaft gegeben habe, in diesem Jahr der Rekord des Jahres 1980 von 650 000 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen überschritten werde. In diesem Jahr seien bereits mehr als 670 000 Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen worden und bis zum Jahresende könne — bei einer vergleichbaren Entwicklung wie im Vorjahr — noch mit ca. 7 000 weiteren Abschlüssen gerechnet werden. Hinzu komme das einmalige Sonderprogramm der Bundesregierung vom 4. Oktober 1983 zur Schaffung von 7 000 bis 8 000 zusätzlichen über- und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen für Ausbildungsplatzbewerber, die am 30. September 1983 noch nicht vermittelt waren; für dieses Programm seien im Haushaltsjahr 1984 Finanzmittel in Höhe von 85 Mio. DM und in den Anschlußjahren noch weitere rd. 75 Mio. DM vorgesehen. Insgesamt bestehe die begründete Aussicht, daß die Bilanz des Ausbildungsjahres 1983/84 zumindest nicht schlechter aussehen werde als das Ausbildungsjahr 1982/83.

Schließlich sind die Mitglieder der Koalitionsfraktionen der Auffassung, daß der Maßnahmenkatalog der SPD-Fraktion eine Reihe von Vorschlägen enthalte, die bereits ganz oder teilweise verwirklicht seien (Abschnitt II Nr. 8 und 9, Abschnitt III, Abschnitt IV Nr. 3 und 4). Es sei davon auszugehen, daß die derzeitige Prüfung einer Verlängerung des Gesetzes über die Gewährung von Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche durch die Bundesregierung positiv ausfallen werde. Der Antrag auf Aufstockung der Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer (Abschnitt I Nr. 13) gehe daran vorbei, daß die derzeitige Kapazität von rd. 10 000 Plätzen nicht voll ausgeschöpft werde.

Der Finanzierungsvorschlag der SPD-Fraktion, die Kosten des Sofortprogramms von 1,6 Mrd. DM durch einen Verzicht auf die im Steuerentlastungsgesetzentwurf 1984 — Drucksachen 10/336, 10/348 — vorgesehene Vermögensteuersenkung zu decken, wurde von den Mitgliedern der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt, weil die Senkung der Vermögensteuer ein wichtiges Element in dem wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept der Koalitionsfraktionen sei und gerade auch dazu dienen solle, Arbeitsplätze in gefährdeten Unternehmen zu erhalten.

IV.

Die Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN haben erklärt, daß sie den Antrag der Fraktion der SPD grundsätzlich befürworteten und die vorgeschlagenen Maßnahmen aus ihrer Sicht ebenfalls für dringend erforderlich hielten. Der vorgeschlagenen Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und Verstärkung der Jugendhilfe für arbeitslose Jugendliche (Abschnitte II und III des Antrags) würden sie vorbehaltlos zustimmen. Nach ihrer Auffassung bestünden jedoch Bedenken dagegen, daß mit den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots teilweise Bereiche favorisiert würden, in denen künftig starke Freisetzungen von Arbeitskräften aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen zu erwarten seien, z. B. bei Bundespost und Bundesbahn (Abschnitt I Nr. 1). Ferner sei die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze bei der Bundeswehr mit der friedenspolitischen Position der Fraktion DIE GRÜNEN unvereinbar.

Bonn, den 30. November 1983

Stutzer

Berichterstatter

